

Es gilt das gesprochene Wort.

Haushaltsrede 2014

des CDU-Fraktionsvorsitzenden Bernd-Josef Schwane im Rat der Stadt Dorsten zur Haushaltsverabschiedung des Haushaltes 2015 am 26. November 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

alle Jahre wieder – kommt nicht nur Weihnachten – sondern auch die Haushaltsverabschiedung.

Bei Ihnen, liebe Zuhörer, setzt wahrscheinlich jetzt das große Gähnen ein oder der – fast schon selbstverständliche – Griff zum Smartphone.

Gem. § 1 des Kölschen Grundgesetzes, aufgestellt von dem Kabarettisten Konrad Beikircher, könnte man auf die Haushaltsreden verzichten, denn „Et is, wie et is“. Zu Deutsch: „Sieh den Tatsachen ins Auge – du kannst eh nichts ändern.“

Allerdings bietet die Verabschiedung des städtischen Haushaltes die Möglichkeit, Perspektiven und Akzente zu setzen. Man sagt, die Haushaltsverabschiedung ist die Stunde des Parlamentes, man bezeichnet sie als sein „Königsrecht“.

Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte ist gegenwärtig nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen und von diametralen Gegensätzen gekennzeichnet. Die Steuereinnahmen des Gesamtstaates sind so hoch wie nie zuvor. Das gesamtstaatliche Defizit ist fast auf Null zurückgeführt – sagt der Bundesfinanzminister, und dennoch klagen die Kommunen wie auch Dorsten, über fehlende Einnahmen und nicht finanzierbare Aufgabenerfüllung und Investitionen.

Diese bedrückende finanzielle Situation unserer Stadt ist vom Kämmerer und auch vom Bürgermeister bei der Haushaltseinbringung in beeindruckender Weise dargelegt worden.

Nun hat also die Politik heute das Wort.

Ich danke an dieser Stelle der Kämmerei und dem Bürgermeister für die

geleistete Arbeit. Sie haben bis zur letzten Stunde gerechnet. Heute legen Sie einen Haushalt vor, der den Haushaltsausgleich für 2016 ermöglicht, wenn auch knapp. Dies ist beachtlich. Auf die Risiken werde ich noch eingehen.

Also: Weihnachten kommt und ich stelle fest, dass Wunschzettel schon lange nicht mehr geschrieben werden. Dafür treibt aber schon seit Jahren der Rotstift sein Unwesen. Dies ist allerdings nichts Neues. Reden wir doch seit 10 Jahren über städtische Schulden, über Zahlungsunfähigkeit und natürlich auch über den Sparkommissar.

Allerdings ist die subjektive Wahrnehmung teilweise eine andere:

Die Landesregierung hat eine völlig andere Sicht der Dinge:
Durch die Verabschiedung des Stärkungspaktgesetzes haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen angeblich wieder eine Zukunft. Stellen Sie sich vor, wir sind auch gemeint! Hierzu § 10 des Kölschen Grundgesetzes: „Do laachse dich kapott!“

Meine Damen und Herren, der vorige Rat hat es in einer schier unglaublichen Kraftanstrengung hinbekommen, das Stärkungspaktgesetz umzusetzen. Die meisten erinnern sich an die langwierigen ermüdenden Diskussionen. Insbesondere das Thema Steuererhöhung war sehr anstrengend. Wir haben unsere Bürger bis an die Grenzen belastet und werden sie auch noch weiter belasten.

Sicherlich ist es äußerst schwierig, Einsparungen und Kürzungen durchzuführen, also die kommunalen Dienstleistungen zu reduzieren, gleichzeitig aber von den Bürgern höhere Steuern zu verlangen.

Fakt ist, dass letztendlich ca. 95 % der Sparmaßnahmen durchgesetzt worden sind. Hierauf können wir, das sage ich ausdrücklich, stolz sein.

Wir dürfen in unseren Sparbemühungen nicht nachlassen:
Die restlichen 5 % sind auch noch umzusetzen.

Ich höre von gegenüber, dass die noch umzusetzenden Maßnahmen so in aller Härte nicht umgesetzt werden können. Man müsse, so das Schlagwort, nachjustieren. Allerdings: Wunschkonzert ist nicht angesagt, Kompensation heißt das Zauberwort.

Der Buschfunk trommelt, meine Damen und Herren, ich höre ihn wieder von gegenüber, die Grundsteuern und Gewerbesteuern nochmals zu erhöhen.

Meine Fraktion wird solchen Forderungen niemals zustimmen. Wenn sich eine derartig dramatische Situation ergeben sollte, dann soll die Landesregierung die Verantwortung übernehmen, auch in Dorsten.

Meine Damen und Herren, leider sind wir in der wenig beneidenswerten Situation, dass der Haushalt komplett fremdbestimmt ist bei den Ausgaben. Dies gilt insbesondere für die Umlageverbände, d. h. für den Kreis und auch für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe.

Wenn man sich so umhört, muss man feststellen, dass der Landschaftsverband anscheinend immer noch nicht begriffen hat, dass auch er nachhaltig sparen muss. Es ist natürlich wesentlich einfacher, Defizite auf die Mitglieder des Verbandes umzulegen, die sich dann wiederum über die Kommunen refinanzieren.

Ich meine, dass die politischen Vertreter aller Parteien in den entsprechenden Gremien sich nicht mit Ruhm bekleckert haben und entsprechend Druck machen müssen. Wenn bspw. der LWL über Aktien verfügt, so sollte er diese an den Markt bringen, um seinen Haushalt und seine Mitglieder zu entlasten. Dies gilt auch für den Ankauf eines August Macke Bildes mit einem Eigenanteil von 600.000,00 EU. Ich halte dies für einen Skandal --- ein Fall für den Landesrechnungshof!

Ähnliches gilt auch für den Kreis.

Ich halte es für richtig und gut, dass sich der Kreis den gleichen Sparzwängen zu unterwerfen hat wie die kreisangehörigen Kommunen. Es ist unglaublich, dass der Kreis sich im Falle des Berufskollegs durch die Instanzen klagt und dabei Steuergelder von 5 – 6 Mio. EUR zzgl. Kosten zu Lasten der Kommunen verbrennt. Das gleiche gilt auch für die Personalsituation und die freiwilligen Leistungen.

Auf der anderen Seite – das meine ich räumlich - gibt es mittlerweile Kolleginnen und Kollegen, die davon reden, dass noch mehr Schulden gemacht werden müssten, da das Zinsniveau so niedrig ist.

Meine Damen und Herren,

natürlich ist das Zinsniveau sehr niedrig und dies ist für uns als Kommune ein Segen. Ich wage nicht daran zu denken, was passiert, wenn die Zinsen um einige wenige Punkte anziehen und dann noch die Konjunktur schwächelt.

Das würde nicht nur unser Haushaltssanierungskonzept total sprengen. Wie es dann weitergeht, kaum vorstellbar.

Abgesehen davon, wird offensichtlich zwischen guten und bösen Schulden unterschieden:

Die guten Schulden sind Investitionen in die Infrastruktur und die Bildung. Die bösen Schulden sind die Liquiditätskredite. Theoretisch eine richtige Betrachtungsweise. Allerdings streuen die Kollegen, die derartige Forderungen aufstellen, den Bürgern Sand in die Augen. Denn sie müssten wissen, dass eine Kreditierung von der Kommunalaufsicht niemals genehmigt würde, selbst wenn die Zinsen gen Null tendieren.

Letztendlich führt kein Weg daran vorbei, an den Sparmaßnahmen festzuhalten. Insoweit kann ich nur betonen, dass unsere Nachhaltigkeitssatzung seinerzeit völlig richtig war.

Die Frage, die sich letztendlich stellt, ist: Wie kann es weitergehen?

„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind“ hat einmal ein kluger Kopf gesagt oder, um einmal mit Charles Kettering zu reden – ein wissenschaftlicher Philosoph – „ Wir sollten uns alle um unsere Zukunft sorgen, denn wir werden den Rest unseres Lebens darin verbringen.“

Also: Wie kann es weitergehen, meine Damen und Herren?

Es führt kein Weg daran vorbei, dass wir die Sparmaßnahmen eins zu eins umsetzen müssen. Weitere Ausgaben sind nicht finanzierbar; dies gilt auch für die Schulsozialarbeiter. Ich halte die Aussage des Kämmerers in diesem Punkt für absolut ehrlich. Es führt auch kein Weg daran vorbei, auf allen Ebenen dafür zu kämpfen müssen, dass die Finanzausstattung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen verbessert wird. Denn es ist sicher kein Zufall, dass diese Finanzprobleme nur hier in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Rheinland-Pfalz auftreten, sonst nirgendwo in Deutschland.

Dann noch ein ganz wichtiger Punkt: Wir müssen die Steuerkraft unserer Stadt weiter verbessern. Hierzu gehört, dass wir mit aller Kraft dafür sorgen müssen, Gewerbegebiete und auch endlich ein Industriegebiet in Dorsten auszuweisen. Es kann nicht sein, dass Unternehmen, die Steuerkraft in die Stadt bringen, nicht siedeln können, weil es keine Flächen gibt.

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

ich wünsche mir für die Zukunft, dass wir unserer Tradition treu bleiben, gemeinsam zum Wohle unserer Stadt zu entscheiden. Das hat uns immer ausgezeichnet und erfolgreich gemacht. Ich hoffe mit § 3 des Kölschen Grundgesetzes „Et hätt noch emmer joot jejange.“

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt und dem Stellenplan zustimmen. Ich danke Ihnen.